

Hinter den Kulissen

Die Präsidentschaftswahlen im Lichte der gesellschaftlichen Entwicklungen

von Randy David

In stabilen Gesellschaften sind wichtige Wahlen Anlass für eine intensive Debatte über wichtige politische Fragen. Die Politik der gegenwärtigen Regierung wird unter die Lupe genommen und anhand politischer Ziele beurteilt. Die Regierungsfähigkeit der gegenwärtigen politischen Führung wird durch neue Führungsgruppen herausgefordert, die etwas anbieten, was sie als wichtig für eine bessere Zukunft des Landes und als ein angemesseneres Regierungsprogramm ansehen.

In den Philippinen ist das nicht so. Wir sehen die Wahlen 2004 nicht als eine Gelegenheit, etwas unter Beweis zu stellen, außer vielleicht die Popularität eines Kandidaten oder seine Fähigkeit, sich ein öffentliches Amt zu erschleichen. Die Wahlen werden nicht als Gelegenheit genutzt, politische Fragen zu diskutieren. Die Kandidaten werden aufgefordert, sich für öffentliche Positionen aufstellen zu lassen, jedoch nicht etwa, weil sie sich für eine bestimmte Politik oder für bestimmte Ziele einsetzen, sondern vor allem wegen ihrer sogenannten »winnability« – ihrer Gewinnchancen, die durch die allmächtigen Umfragen gemessen werden. Wir werden nicht durch erneuten Optimismus inspiriert oder bewegt, sondern vielmehr von Verzweiflung und einem Gefühl der Sinnlosigkeit gepackt.

Abgesehen davon sind wir auch nicht davon überzeugt, dass die Wahlen sauber, ordentlich und ehrlich ablaufen werden. Wir werden genervt von nicht enden wollenden Nachrichten, dass Gesetzeslücken im *Absentee Voting Law* für die Manipulation von Wahlergebnissen ausgenutzt werden. (Dieses Gesetz erlaubt registrierten philippinischen Wählern, die im Ausland leben oder arbeiten, erstmals, an

den nationalen Wahlen teilzunehmen).

Wir sind bestürzt über die unvollständige und uneinheitliche Art und Weise, mit der die Registrierung neuer Wähler und die Bestätigung existierender Wähler durchgeführt wurde. Wir bleiben skeptisch gegenüber der vorgeschlagenen Automatisierung des Wählens und der Computerisierung des gesamten Auszählprozesses, das zum ersten Mal ausprobiert werden soll. (Am 14.1.2004 hat der Oberste Gerichtshof schließlich den Vertrag mit der Firma, die die Maschinen für das automatische Zählen liefern sollte, wegen grober Unregelmäßigkeiten für nichtig erklärt – und die Automatisierung der Wahlen untersagt – die Red.) Vor kurzem sagte einer der führenden Bewerber für die Präsidentschaft, Raul Roco, seinen Unterstützern, dass er persönlich den Marsch auf den Präsidentenpalast Malacanang anführen würde, wenn er im Mai 2004 um seinen Sieg gebracht würde.

All das wird von Ereignissen wie der Meuterei von Soldaten, die im Juli das Land erschütterte, noch verstärkt. Berichte einer anhaltenden Unzufriedenheit unter jungen Soldaten halten uns in Atem.

Der gescheiterte Versuch von Mitgliedern des Repräsentantenhauses im letzten Oktober, den Obersten Richter des Landes, Hillaro Davide, abzusetzen, lässt keinen Zweifel daran, wie boshaft einige unserer Politiker sind und wie verletzlich unsere Institutionen.

Wir sind immer weniger in der Lage, unsere Politiker, die unsere Gesetze machen und die Nation anführen, zu respektieren oder zu bewundern. In der öffentlichen Meinung sind sie alle Betrüger. Das öffentliche Amt ist zu einem Synonym von Korruption geworden, weil wir alle stillschweigend die Idee akzeptiert haben, dass Politiker berechtigt sind, durch korrupte Machenschaften all das Geld wieder reinzuholen, das sie ausgegeben haben, um gewählt zu werden.

Total gefrustet

Gleichzeitig herrscht offene Frustration auf den Straßen, die manchmal in sinnlose Gewalt umschlägt (etwa die Besetzung des Kontrollturms des Flughafens von Manila durch Captian Villaruel im Oktober 2003 oder die Ermordung einer jungen Angestellten von Coca-Cola im Dezember). Wir haben das Gefühl, die Kontrolle über das öffentliche Leben zu verlieren. Die gewaltigen Unterschiede zwischen Reich und Arm, die unsere Gesellschaft charakterisieren, haben tiefe Ressentiments hervorgebracht, die Nährboden für Kriminalität, Auflehnung, Separatismus und Terrorismus sind. Hauptsächlich aufgrund von Korruption scheint unsere Regierung nicht in der Lage, ihre Bürger gegen all dies zu schützen und ihre Grundbedürfnisse zu befriedigen.

Man gewinnt den Eindruck, dass unserem Land eine drastische Wende droht; entweder in Richtung

Der Autor ist Professor für Soziologie an der University of the Philippines. David hat den von uns übersetzten Vortrag am 5. Dezember in der De Salle University in Manila gehalten.

eines autoritären Zwangsstaates, indem das Militär die Macht ergreift oder in Richtung eines Zustands von Anarchie, in dem die zunehmend ineffiziente Elite weiter rumwurschtelt.

Das ist die Situation, in der wir uns heute befinden: Eine der Erschöpfung, der Verzweiflung, der Entmutigung und des Zynismus. In dieser Zeit des Unbehagens, das nicht zu greifen ist, versuchen wir Filipinos oft, uns durch Witze oder Gebete oder eine Mischung von beidem zu trösten. Aber es ist nichts desto weniger eine gefährliche Situation, da sie uns, obwohl sie uns quält, nicht zu kollektiven und positiven Aktionen aufrüttelt. Eine politische Lähmung greift um sich, die einen zerstörerischen Zynismus widerspiegelt. Sie entspringt der Unfähigkeit, das Gesamtbild zu sehen, für das die gegenwärtigen Ereignisse, die uns bedrücken, bloß ein Abbild sind.

Der erste Schritt hin zu aktiven Staatsbürger/innen besteht darin, die eigentlichen und tieferliegenden Ursachen unserer beständigen Probleme als Nation ernstzunehmen.

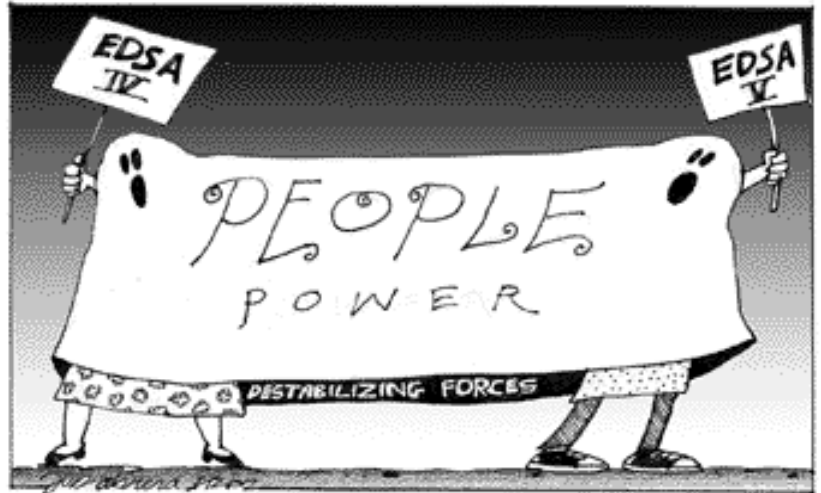
Massenarmut

Wir beklagen uns oft über die Ignoranz vieler unserer Wähler und ihre Tendenz, ihre Stimmen zu verkaufen oder Kandidaten aufgrund ihrer Berühmtheit oder ihrer persönlichen Zugänglichkeit zu wählen. Wir beklagen uns über ihre scheinbare Missachtung von Sachfragen, Qualifikationen und Erfahrungen. Wir verachten die Leichtfertigkeit, mit der sie sich für ein paar Pesos und ein kostenloses Essen Demonstrationen anschließen.

Wir vergessen dabei jedoch, dass all dies bloß Aspekte desselben Problems sind, nämlich dem ihrer absoluten Armut, ein Problem, das den größten Teil unseres Volkes von der wirklichen Partizipation am Leben der Nation ausschließt. Die traditionelle Elite unserer Gesellschaft nutzt die ökonomische und politische Verletzlichkeit der Armen aus, indem sie ihnen Schutz und Unterstützung und eine kurzfristige Befreiung aus der Misere verspricht.

Tatsache ist, dass Bildung der beste Weg ist, den kritischen Blick zu schärfen. Es geht nicht so sehr darum, den Armen Moral und Werte zu

vermitteln, die ihnen nicht einmal fremd sind, sondern vielmehr darum, ihr Wissen und ihren Horizont zu erweitern. Es ist auch klar, dass Bildung ihnen zwar die Instrumente, nicht jedoch die Gelegenheit verschafft, aktiv zu werden. Und das ist das eigentliche Problem: Man muss den Armen diese Gelegenheiten zur Verfügung stellen. Gelegentliche Wohltätigkeit reicht nicht aus, um das Problem zu beheben.



Es muss zu Umverteilung und Neuverteilung kommen, das setzt allerdings einen dezidierten politischen Willen dazu voraus. Bei den öffentlichen Ausgaben müssen Prioritäten zugunsten der Armen gesetzt werden. Zudem muss die gesellschaftliche Ausgrenzung der Armen ein Ende finden. Es ist bezeichnend, wie herablassend die Elite, aber auch die Mittelklasse, über die Armen denkt und wie man in politischen Kreisen über sie redet. Diese Verachtung, die ihnen entgegenschlägt, macht die Armen wütend – wie wir während EDSA III im Mai 2001 gesehen haben.

Ökonomischer Stillstand

Einer der Hauptgründe der Armut ist die ungleichmäßige Entwicklung der Wirtschaft, die die große Mehrheit unseres Volkes auf der Subsistenzebene und am Rande der Ökonomie gefangen hält. Einer kleinen Elite und der Mittelklasse hingegen bietet sie alle Gelegenheiten für wirtschaftlichen Zuwachs in den relativ schnellwachsenden und dynamischen

— den »modernen« — Sektoren der Wirtschaft.

Das geringe Wachstum hat sowohl externe als auch interne Gründe. Die Weltwirtschaft verändert sich mit der Zeit und stellt auf der einen Seite eine Bedrohung für die nationale Ökonomie dar, eröffnet auf der anderen Seite aber auch neue Möglichkeiten. Ob wir uns schnell genug anpassen können, um kontinuierliches Wachstum sicher zu stellen, hängt vor

allem von den Fähigkeiten der politischen Führung und der Risikobereitschaft der ökonomischen Elite ab.

Die traditionellen Eliten in diesem Land aber hassen den Wettbewerb, weil sie nicht wettbewerbsfähig sind. Sie sichern deshalb ihre ökonomische Dominanz ab, indem sie sich die politische Entscheidungsfindung und die staatliche Regulierungskompetenz unter den Nagel reißen.

Damit ihnen das gelingt, müssen sie viel in die Politik investieren. Wenn sie ihre eigenen Verwandten nicht dafür gewinnen können, für öffentliche Ämter zu kandidieren, züchten sie sich ihre eigenen politischen Pferde heran und sichern ihre politischen Beziehungen, indem sie beliebten Kandidaten massiv unter die Arme greifen. Die Rolle der Massenmedien in diesem Prozess kann dabei kaum unterschätzt werden.

Ein solches System führt zu einer Wirtschaft ohne Rückgrat, deren Richtung mehr durch die selbstsüchtigen Wirtschaftsinteressen der Elite bestimmt wird, die die Staatsmacht kontrolliert, als durch eine kohärente nationale Entwicklungsstrategie, die

der Unbeständigkeit der Weltwirtschaft Rechnung trägt. Diverse Geschäfte wie etwa der PEA-Amari-Skandal oder der Fall PIATCO(1) — sind Zeugnisse dafür, wie Politiker und führende Rechtsanwaltsbüros als Vermittler für diese Geschäfte fungieren und ein genehmes Verhalten durch Regierung, Parlament und sogar Justiz im Tausch für fette Kommissionen versprechen.

Ausländische Investoren bereitet das große Bauchschmerzen. Sie geraten in den Sumpf eines undurchschaubaren politischen und ökonomischen Systems, das zwar gute Profite verspricht, in dem aber ein hoher Preis für die dem System inhärente Korruption gezahlt werden muss.

Es ist ziemlich offensichtlich, dass der Schlüssel für einen Wirtschaftsaufschwung in der Befreiung der Wirtschaftspolitik von den engstirnigen und kurzfristigen Interessen der Wirtschaftselite liegt. Diese harte Nuß gilt es zu knacken, gerade weil die Kontrolle von Gesetzgebung und Administration in den Händen der Teile unserer Wirtschaft liegt, die unsere kostspieligen Wahlen finanziert.

Korruption und Inkompetenz

Wir haben oft gehört, dass das Hauptproblem unseres Landes die Regierung ist. Dabei verweist man vor allem auf das beständige Problem von Korruption und Inkompetenz. Das ist ein wichtiges Problem, aber seine Wurzeln liegen weniger in der moralischen oder ethischen Schwäche unserer öffentlichen Beamten als vielmehr in den operativen Gesetzen eines Regierungssystems, das man weiterhin als feudal bezeichnen muss.

Es ist schwer, sich einen öffentlichen Beamten unseres Landes vorzustellen, etwa den Präsidenten oder einen Senator, der in einer nationalen Wahl gewählt wird, ohne den Mitgliedern der ökonomischen Elite eine Menge zu schulden. Der Grund dafür sind die hohen Kosten, die eine Kandidatur mit sich bringt und das Fehlen starker politischer Parteien, die dem ökonomischen und politischen Einfluss der Wirtschaft und anderer mächtiger Interessengruppen die Stirn bieten können.

Letztere sind nur damit beschäftigt, einen erfolgversprechenden

Kandidaten ausfindig zu machen und ihm oder ihr all die finanzielle und logistische Unterstützung zu geben, damit sich seine/ihre Popularität in möglichst vielen Wählerstimmen niederschlägt. Das erfordert enorme Mengen an Ressourcen, die kein einzelner Politiker, außer einige wenige fragwürdige Multimillionäre, allein aufbringen kann. Unsere Politiker und Beamte werden dadurch von Anfang an Gefangene der selbstsüchtigsten Interessengruppen unserer Gesellschaft.

Die Gefallen, die sie nach den Wahlen ihren Gönnern erweisen, werden als natürliche Ergebnisse einer »real-existierenden« Politik akzeptiert.

Korruption ist diesem politischen System inhärent, daher muss es zur Ausbildung eines politischen Systems kommen, in dem Geld nicht länger der entscheidende Faktor bei den Wahlen sein wird.

Der erste Schritt für diesen Wandel ist die Entstehung einer politischen Massenpartei, deren Aufbau von einer sich modernisierenden Mittelschicht und charismatischen Führern der Armen ausgehen muss, die sich einem friedlichen Weg des sozialen Wandels verschrieben haben. Denn einzelne Persönlichkeiten allein, egal, wie engagiert sie sein mögen, werden nicht in der Lage sein, das fest verwurzelte System handlungsunfähig zu machen, gegen das wir aufbegehren.(2)

Darüber hinaus müssen wir die wenigen guten Politiker, die wir haben, dazu bringen, Gesetze zu erlassen, die den öffentlichen Dienst vor politischer Beeinflussung schützen. Dies könnte den Weg ebnen für die Entstehung eines Kerns von technischen und hoch qualifizierten Leuten, die im Amt bleiben, auch wenn die Regierung wechselt.

Politische Instabilität

In einer Gesellschaft, die noch größtenteils von traditionellen Gepflogenheiten geregelt wird, ist es ein großes Problem, die Grundsätze moderner Rechtsstaatlichkeit zu etablieren.

Es gibt zahlreiche Gesetzeslücken, die es Kriminellen ermöglichen, ungeschoren davonzukommen. Etwa in korrupten Polizeidienststellen,

die bereit sind, Beweise gegen Zahlung einer Gebühr zu vernichten, oder in Gerichten, die darauf spezialisiert sind, einen Fall zu verzögern, damit der Straftäter Zeugen einschüchtern oder kaufen kann. Viele Richter sind sich nicht zu schade, Bestechungsgelder anzunehmen und im Gegenzug günstige Entscheidungen für den Geldgeber zu treffen.

Das resultierende Misstrauen gegenüber den Vollzugsbehörden und den Gerichten hält Opfer davon ab, über den legalen Weg ihr Recht zu suchen. Die Unfähigkeit der Polizei, Zeugen und Kläger vor Repressalien zu schützen, ist ein weiterer Faktor, der die Opfer davon abhält, Verbrechen zu melden. Dies alles deutet darauf hin, dass der Schlüssel für ein Ende des *peace and order*-Problems die Revision des gesamten Justizsystems ist, indem etwa die Beamten, die dafür bekannt sind, korrupt zu sein, entlassen werden.

Politische Instabilität wird auch dadurch erzeugt, dass verfassungswidrige Mittel wie Putsche und Massenaufstände, um korrupte und inkompetente Führer zu stürzen, an Attraktivität gewinnen. In ihnen spiegelt sich das fehlende Vertrauen der Bevölkerung in die Wahlen als etablierten Weg, über die politische Führung zu entscheiden, wieder. Folglich ist die Bereitschaft, Mittel anzuwenden, die der Verfassung widersprechen, um so größer, je unglaublicher die Ergebnisse von Wahlen sind und je korrupter die Regierung.

Wenn die politische Führung nicht zu einer Politik der eisernen Hand greifen will, die sich in den »Krieg gegen den Terrorismus« unter Führung der USA einfügt, um das Problem politischer Instabilität zu bekämpfen, muss sie Reformen auf den Weg bringen, die den Gegnern der Staates den Wind aus den Segeln nimmt.

In den Philippinen besteht ein klarer Widerspruch zwischen den politischen Rechten, die die Verfassung garantiert und der ökonomischen Situation der Mehrheit der Bevölkerung. Die Armen sind tendenziell bereit, ihre politischen Rechte für eine kurzfristige Verbesserung ihrer ökonomischen Situation zu verkaufen.

Wo fangen wir an?

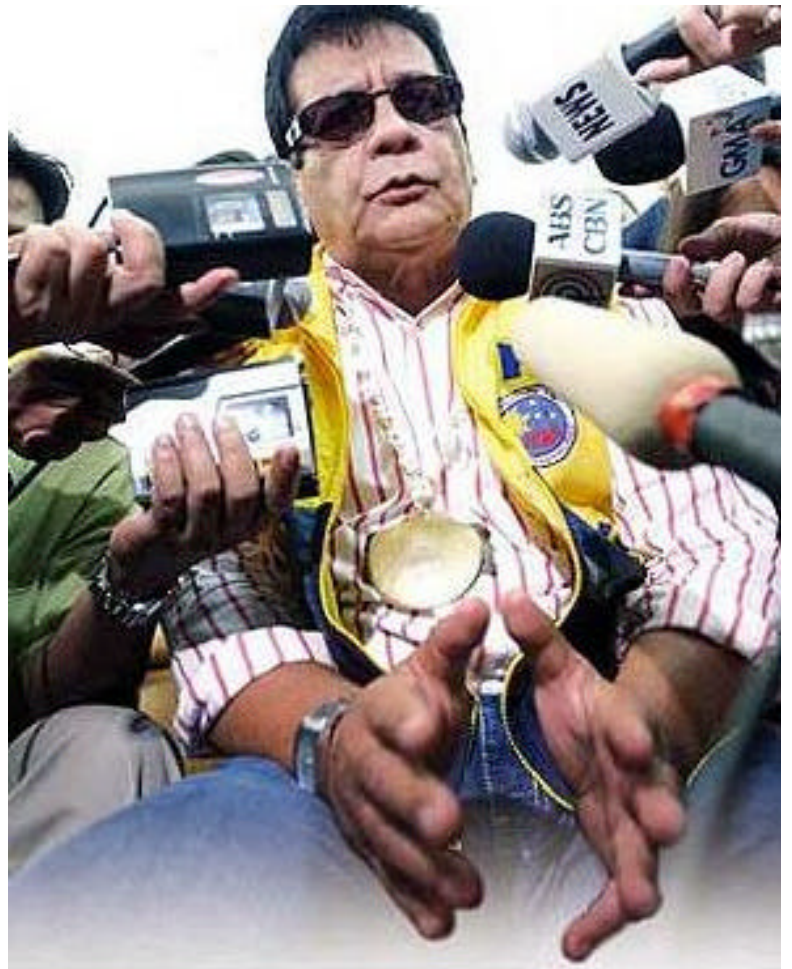
Ich habe von vielen gehört, dass sie im Mai nicht zur Wahl gehen wollen. Andere überlegten, für das kleinere Übel zu stimmen. Ich glaube, das ist vor allem eine Reaktion der Mittelklasse darauf, dass unsere nationalen Probleme mit jedem Jahr gravierender werden. Außerdem bringt sie ein Gefühl von Machtlosigkeit zum Ausdruck, da es an einem alternativen Kandidaten mangelt, der bei den Wahlen gewinnen könnte.

Ironischerweise existieren solche Gefühle von politischem Zynismus und politischer Verzweiflung unter den Armen kaum. Egal, wie zurechtgebastelt die Wahlen sein werden, die Armen werden sie nicht boykottieren. Die Ironie daran ist, dass diese Illusion der Partizipation ein stabilisierender Faktor unseres politischen Lebens ist. Die Armen werden Kandidaten wählen, mit denen sie sich persönlich identifizieren können, Leute, bei denen sie glauben, darauf vertrauen zu können, dass sie ihre Interessen vertreten werden. Das sind solche Leute wie Noli de Castro, Fernando Poe Jr., und in gewissem Maße auch Ping Lacson und Raul Roco.

Bis jetzt hat jedoch keiner dieser Leute jemals klar und unmissverständlich erklären können, wie er das Problem von Armut, wirtschaftlicher Stagnation, Korruption und politischer Instabilität, zu lösen gedenkt. Der Kampf um die Präsidentschaft wurde so sehr auf den Faktor der »winnability« reduziert, dass sogar jene, die wissen, dass ihnen die Kompetenz fehlt, Präsident zu sein, kandidieren.

Noli de Castro zum Beispiel, der lange die populärste Nachrichtensendung des Landes moderierte, soll gesagt haben, dass er nicht gerne auf der politischen Bühne steht und es vorziehen würde, zurück zum Fernsehen zu gehen oder Radiokommentator zu sein statt in langweiligen Senatssitzungen herumsitzend. Mittlerweile tritt er gemeinsam mit Gloria Macapagal-Arroyo als deren Kandidat für die Vizepräsidentschaft an.

Der Schauspieler Fernando Poe Jr., dem es erklärtermaßen an jeglicher politischer Vorerfahrung mangelt, überwand seine starke Abneigung gegen das politische Leben, nachdem altgediente Politiker sich



hartnäckig um ihn bemüht hatten und soll nun das oppositionelle Bündnis KNP zum Sieg führen.

Es gibt Schlimmeres als bei der Präsidentschaftswahl mit zweitklassigen Kandidaten konfrontiert zu sein. Anderswo in der Welt kämpfen Nationen immer noch um ihre territorialen Grenzen. Viele exkommunistische Staaten haben immer noch Schwierigkeiten, eine stabile und lebendige Demokratie aufzubauen. Wenn wir uns mit ihnen vergleichen, sind wir schon um einiges weiter – auch wenn unsere Demokratie für viele unserer Menschen immer noch eine Vision ist, die erst noch verwirklicht werden muss. Aber wir kommen ihrer Realisierung langsam näher.

Der Beitrag wurde aus dem Englischen übersetzt und redaktionell bearbeitet von Melanie Braun.

Anmerkungen

- (1) In beiden Fällen haben politische Beziehungen zum Präsidentenpalast die Regeln öffentlicher Ausschreibung verletzt, Mitbewerber aus dem Rennen geschlagen und zu für die Allgemeinheit finanziell unvorteilhaften Verträgen geführt (die Red.)
- (2) In dieser Hinsicht ist es von Interesse, dass sich im Dezember zwei – hauptsächlich von der Mittelklasse getragene – Bewegungen gegründet haben: Zum

einen ALTERNATIBA, ein Bündnis, dass von der Freedom from Debt Coalition und der Partiliste getragen wird – und von einige Gruppen, die einst zur National Democratic Front gehört, dann aber die Führung von Jose Maria Sison abgelehnt haben. Zum anderen BANGON, ein loses Bündnis, das Vizepräsident Guinoga mit Personen aus dem orthodox linken Spektrum von BAYAN eingegangen ist. Beide Bewegungen haben allerdings keine Absichten, bei den Wahlen anzutreten – und demnach auch keinen eigenen Kandidaten. Daher werden sie sich möglicherweise wieder auflösen, so wie viele Bündnisse vor ihnen.